

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 7

SPD

Juli 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

endlich Frieden! Was in vielen Regionen der Welt noch ein Traum bleibt, hat sich in einer Dauer-Krisenregion jetzt erfüllt. Äthiopien und Eritrea haben Frieden geschlossen. „Es gibt keine Grenze mehr zwischen Äthiopien und Eritrea, eine Brücke der Liebe hat sie zerstört“, so beschreibt es Abiy Ahmed, der Premierminister Äthiopiens.

Ein Krieg, der fast 20 Jahre angedauert hat und allein zwischen 1998 und 2000 rund 80.000 Menschen das Leben kostete, ist zu Ende. Nach einem Waffenstillstand aus dem Jahr 2000 war die Grenze zwischen beiden Ländern durch einen Schiedsspruch einer internationalen Kommission festgelegt worden. Äthiopien akzeptierte sie damals nicht und hunderte von Menschen starben in den letzten Jahren, weil die Kämpfe um den Grenzverlauf nicht aufhörten. Der neue Regierungschef Abiy ist seit April diesen Jahres im Amt. Schon im Juni begann er damit, die Einheiten vollständig aus dem umstrittenen Grenzgebiet zurückzuziehen und begann Ende Juni die neuerlichen Friedensverhandlungen.

Ein gutes Beispiel, dass es Hoffnung gibt. Eine traurige Tatsache, dass solche guten Nachrichten bei uns nur noch als Randnotizen erscheinen.

Deshalb will ich mit dieser guten Nachricht in die Sommerpause gehen. Und mit der Bitte, dass wir den Blick öfter über den Tellerrand richten.

Wenn eines der bevölkerungsreichsten afrikanischen Länder, wie Äthiopien, sich auf den Weg macht, Reformen anzugehen, dann braucht es dafür Unterstützung. Abiy Ahmed reformiert sein Land. In Zeiten, in denen auch auf dem europäischen Kontinent Meinungsfreiheit eingeschränkt, Journalisten verfolgt und inhaftiert werden, geht Abiy in Äthiopien den gegenteiligen Weg. Er lässt inhaftierte politische Gefangene und Journalisten frei und stärkt die Pressefreiheit auch durch Freigabe bisher gesperrter Internetangebote.

Möge es gelingen, dass dieser Geist von Politik wieder die Mehrheit gewinnt.

In diesem Sinne wünsche ich euch einen guten Sommer und viel friedliche und menschenfreundliche Politik .

Herzliche Grüße

Reform der Pflegeberufe

Das Schulgeld in der Pflegeausbildung wird bundesweit abgeschafft. Alle Auszubildenden in der Pflege werden künftig eine Vergütung erhalten. Mit der Verabschiedung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung zum Pflegeberufegesetz haben wir im Bundestag den Weg für die Reform der Pflegeberufe frei gemacht. Mit der Ausbildungsreform sollen nicht nur mehr Pflegefachkräfte gewonnen, sondern auch die ungerechten Gehaltsunterschiede zwischen der Alten- und Krankenpflege ausgeglichen werden. Mehr Infos dazu [hier](#).

Terminhinweis

Politik in der Alten Kelter
SPD Vaihingen

„Findungsphase beendet? - Die GroKo nach 100 Tagen“

Diskutieren Sie mit Ute Vogt
am Donnerstag, 19. Juli 2018
ab 19.00 Uhr

in der Alten Kelter
am Kelterberg 5, 70563 Stuttgart

Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg



Seit dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Wir tagen an vier Wochen im Jahr in Straßburg. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht, verkürzt gesagt, die Überwachung der Einhaltung von Menschenrechten. So wählen wir zum Beispiel die Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir haben insgesamt 47 Mitgliedsländer und die Mitglieder sind Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten. Die Parlamentarische Versammlung (PVER) war das erste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene und wurde 1949 gegründet.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion (SOC) wurde in der Tagungswoche Ende Juni ein Antrag zur Seenotrettung beschlossen; hier ein Auszug:

„Die Rettung von Menschen in Seenot ist unabhängig von jedem Migrationskonzept eine humanitäre und seerechtliche Verpflichtung. Geschundene Menschen dürfen

niemals Spielball der europäischen Uneinigkeit sein.“

Die Versammlung zeigt sich solidarisch mit den Seenotrettungen und verurteilt die aktuellen Hassreden und erinnert die Mitgliedsstaaten unmissverständlich an ihre Verpflichtung zur Hilfe. Es ist die Aufgabe einer einigen Europäischen Union, ein funktionstüchtiges System für eine gemeinsame Flüchtlings- und Migrationspolitik zu entwickeln. Dazu gehört auch eine staatlich organisierte effiziente Seenotrettung. So lange diese nicht funktioniert, müssen wir dankbar sein für alle, die dabei helfen, Menschenleben zu retten. Darunter sind Handelsschiffe, Militärschiffe, aber auch private Initiativen. Abweisungen von Schiffen mit geretteten Menschen, begleitet von einer menschenverachtenden Rhetorik, verletzen alle Grundsätze der Humanität und des Seerechts.

Weiterführende Infos zur PVER gibt es [hier](#) und [hier](#).

Bürger*innenanliegen

In den aktuellen Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern spiegelt sich die politische Diskussion um Asyl, Flucht, Grenzschutz und EU-Politik wieder. Dementsprechend viele Menschen wollten von mir meine Einschätzung zu den Plänen und zum Vorgehen von Seehofer. Zudem bekam ich Post zum Baukindergeld, zur Rente, zum Bundeshaushalt 2018 und zum Thema Wasserwirtschaft beim EU-Abkommen mit Japan.

Haushalt 2018 - mit Olaf Scholz wird wieder investiert!

Wir investieren mit dem Haushalt 2018 so viel wie nie zuvor in den sozialen Wohnungsbau, in Bildung und Arbeitsmarkt und in die Verkehrsinfrastruktur. Die soziale Sicherheit wird mit Verbesserungen bei Rente und Pflege, beim Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag gestärkt. Mit dem Programm "Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" wollen wir Menschen, die lange arbeitslos sind, eine Chance geben. Wir geben zudem mehr Mittel für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, erhöhen das Kindergeld und den Kinderfreibetrag. Damit das alles in der Praxis funktioniert, wird die Bundesverwaltung konsequent gestärkt: mit neuen Stellen und Ausbildungsplätzen, mit besserer Bezahlung durch Stellenhebungen und mit einer deutlichen Reduktion befristeter Verträge. Näheres gibt es [hier](#) zu lesen.

100 Jahre Frauenwahlrecht - Seit 1918 gibt es das Stimmrecht für Frauen. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen stimmten erstmals 1919 ab. Es kandidierten 300 Frauen. 37 weibliche Abgeordnete zogen in die Nationalversammlung ein, darunter die Sozialdemokratin Marie Juchacz. Als erste Frau am Rednerpult fand sie klare Worte: "Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf. (.) Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist." Auf Initiative der Sozialpolitikerin wurde 1919 die AWO gegründet.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

